



Protokoll der Steuerungsgruppe Kinderschutz (SG KS) vom 30.9.2016

Ort:	Kreisverwaltung TF, Luckenwalde, Raum A3-1-02
Zeit:	09:00-11:00 Uhr
Anwesende:	Frank, Matzke (R I) (ab 9:10), Gesine Siems (R II) (ab 9:16), Claudia Sponholz (PI Luckenwalde) (bis 10:01), Maren Wolter (i.V. Soz.A), Diana Zabel (Koord. FH), Gerd Herpay (JA, SG 51.3 TV + i. V. Amtsleitung), Ria von Schrötter (JHA)(von 9:06-10:35) und Heike Becker-Heinrich (JA, KSK)
Entschuldigt:	Heike Krautz (R III), Ines Dickhoff und Ines Dommann (R IV), Marion Lindner (R II), Raissa Erbis (GA), Katja Wöller (OA), Swen Ennullat (AL JA), Gudrun Buchmann (Soz. A)
Ohne Rückmeldung:	Staatliches Schulamt Brandenburg a.d.H.
Protokollführung:	Heike Becker-Heinrich

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch die stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft

Frau Becker-Heinrich teilte mit, dass Herr Matzke noch kommt und begrüßte die Anwesenden. Mit ab 9:16 Uhr 9 von 14 (ab 10:00 Uhr 8 von 14) stimmberechtigten Mitgliedern (Vertretern) ist die Beschlussfähigkeit nicht gegeben.

2. Informationen zu noch offenen Punkten aus dem Protokoll vom 27. 5.2016

TOP 3 umA aktuelle Informationen der Mitglieder – Aktuelle Zahlen und Infos vom Jugendamt

Wie ist der aktuelle Stand bezüglich der Einrichtungen?

Info G. Herpay: Die Erstversorgungseinrichtung in Wünsdorf wurde zum 9.9.2016 aufgelöst. Für Ludwigsfelde gibt es zunächst eine mündliche Zusage des mbjs zur Betriebserlaubnis als Übergangsstandort einer Jugendhilfeeinrichtung. Diese soll künftig, nach Abschluss der Baumaßnahmen, ihren Standort in Trebbin haben.

Das stationäre Clearing soll dagegen in Ludwigsfelde verbleiben.

Die beiden noch bestehenden Erstversorgungseinrichtungen in Jüterbog und Luckenwalde haben wegen diverser erheblicher Mängel bisher noch keinen Jugendhilfestandard erreicht.

Geplant ist es im Landkreis ein integratives Konzept zu haben, aktuelle Erfahrungen werden von verschiedenen Trägern gesammelt.

Fr. v. Schrötter sieht neben integrierten Angeboten auch den Bedarf von Angeboten an Gruppen von umA, für die z. B. ein integriertes Angebot nicht geeignet wäre. Hier sieht sie den Bedarf der Einzelfallentscheidung zur weiteren Betreuungsform.

Ergänzung von G. Herpay: Das mbjs hatte angefragt, ob TF 24 weitere umA aufnehmen könnte, was aufgrund der aktuell noch vorhandenen Erstaufnahmeeinrichtungen unter Jugendhilfestandard abgelehnt wurde.

Fazit: verschiedene Haltungen zum Thema integriertes Konzept bestehen und sollten in anderem Rahmen weiter beraten werden.

Thema Schulmaterialien - Nachfrage zur aktuellen Situation

G. Herpay: Es gibt noch keine Rückmeldung aus dem mbjs. Im LK erfolgte in Abstimmung im D II die Regelung, dass Kinder in der Jugendhilfe darüber Leistungen auch zum Schulbedarf erhalten und Kinder in den GU über das Sozialamt Leistungen erhalten. Frau Wolter wies auf die Zahlung von BuT hin.

Ergänzende Infos zur Kostenübernahme:

Nutzung des Schulfonds, wobei der zunächst bis 2016 begrenzt ist und noch keine Infos zur Fortführung aus dem mbjs mitgeteilt wurden.

Verantwortlichkeit der Vormünder für ihre Mündel, zur Durchsetzung der Interessen.

Versorgungssituation Schulen

Frau v. Schrötter teilt mit, dass die Situation für die bis 16-Jährigen gut sei, bei Älteren schwieriger. Es gibt am OSZ je Standort eine Klasse für die geflüchteten Jugendlichen. Zugleich besteht die Problematik der Zusammensetzung von Analphabeten bis gut gebildete Jugendliche, mit sehr unterschiedlichen Deutschsprachkenntnissen. Vorbereitend bis zum Sommer gab es dort Gruppen mit je 16 Plätzen, inzwischen sind nach Schuljahresbeginn je 24 Personen pro Klasse. Angedacht ist nun eine Leistungsdifferenzierung nach Standort vorzunehmen, wird aber den „benachteiligten“ Jugendlichen nicht gerecht, denn es gibt neben den bisher benannten Problematiken auch Jugendliche mit Lernbeeinträchtigungen.

Vom mbjs wurden bisher verschiedene Ideen eingebracht, deren Umsetzung fraglich ist. Neue Wege müssen gesucht werden, Minister Baske sei dafür offen. In TF stehen Gespräche mit Schulverwaltungsamt, Leitung OSZ an. Überlegt wird die Bildung einer außerschulischen Lerngruppe an der Produktionsschule. Das OSZ nannte die Anzahl von 24 Personen im Alter von 16-18 Jahren, die dafür geeignet seien.

Herr Herpay ergänzte, dass auf Leitungsebene unter Einbindung der Jugendhilfeplanerin dazu ein Gespräch am 11.10. anberaumt sei, an dem er jedoch wegen anderer Aufgaben nicht beteiligt ist.

Analphabeten

Wegen der bestehenden Schulpflicht kann das OSZ eine Beschulung nicht ablehnen. Als Jugendhilfemaßnahme wurde inzwischen eine Gruppe umA in die Produktionsschule III aufgenommen. Das Angebot ist aber nicht offen für begleitete Jugendliche.

Zur Absprache, Thema auf politische Ebene zu bringen

Frau v. Schrötter teilte mit, dass sie mit Minister Baske die Problematik besprochen hat, dass er sich offen für Vorschläge aus der Praxis zeigt, Konzepte können gerne vorgelegt werden.

Sie wies auf das allen bekannte Problem des „versäulten Denkens“ und getrennter Zuständigkeiten hin.

Türöffner Zukunft Beruf

Frau Zabel teilte mit, dass im Landkreis wegen dem Aufbau der Jugendberufsagentur, das Angebot nicht zusätzlich aufgenommen werden soll.

TOP 5 Sonstiges – Mitteilungen KWG

Frau Becker-Heinrich war wegen unterschiedlicher Auffassung bezüglich der Zuständigkeiten im Gespräch mit Sozialarbeitern an Grundschulen (SaS), um Schnittstellen SaS – Schule zu besprechen und eignes Verfahren Schule zu thematisieren. Mit den Jugendförderern ist vereinbart, das Thema in die Netzwerke der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit zu tragen.

3. Unbegleitete minderjährige Ausländer (umA) / unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) aktuelle Informationen der Mitglieder

G. Herpay teilte mit, dass die Zahlen stagnieren, die Einrichtungen bemüht sind, sich von Erstversorgungs- zu Jugendhilfeeinrichtungen zu entwickeln. Dies soll bis Frühjahr 2017 erreicht werden. Wir sind der letzte Landkreis in Brandenburg, der noch Erstversorgungseinrichtungen hat.

Für den Landkreis haben wir uns auf die Durchführung von stationärem Clearing verständigt. Problematisch ist noch die Perspektive der Nachversorgung, wegen fehlender Angebote. Absprachen mit dem Bildungsbereich sind aus Jugendhilfesicht dringend geboten.

Die anwesenden Mitglieder der Steuerungsgruppe bedauern die fehlende Beteiligung des staatlichen Schulamtes in der Steuerungsgruppe.

Fr. v. Schrötter teilt mit, dass die therapeutische Versorgung der umA in ihrer Zuständigkeit gut angenommen werde, auch wenn dies teilweise mit Fahrten nach Berlin verbunden sei.

Sie ergänzt, dass der Schritt von Erstversorgungsangebot hin zu Jugendhilfeeinrichtung für alle eine deutliche Verbesserung darstelle, sowohl für die Jugendlichen als auch für die Mitarbeiter.

Exkurs Geflüchtete in Teltow-Fläming

G. Herpay berichtete aus der AG Migration der Kreisverwaltung, dass seit Monaten keine Neuzugänge von Geflüchteten erfolgten, dass die Neuzugänge die inzwischen geborene Kinder der Geflüchtete seien.

Angedacht sei auf Landkreisebene, dass ca. 1000 Personen in den GU bleiben werden, insbesondere die Personen, deren Bleibeperspektive nicht gegeben sei.

Für neu ankommende Geflüchtete sei es Ziel, diese in Wohnungen aufzunehmen, bei angespannter Wohnungsmarktsituation. Der Flüchtlingskoordinator Rettig habe gesagt, dass aktuell die Ressourcen erschöpft seien.

In Planung seine im Bereich Dahme Verbundwohnungen.

Die Leichtbauzelte in Ludwigsfelde seien inzwischen abgebaut, wie auch einige GU vor der Schließung.

Die SG KS spricht sich dafür aus, Herrn Kohl als Zuständigen im Sozialamt zur Thematik einzuladen.

Exkurs Integrationskonzept des Landkreises

Info aus dem JHA, dass Kinderschutzkonzepte aufgenommen werden sollten.

Info G. Herpay, dass Herr Kohl in einem Gespräch bereits die Aufnahme der Konzepte als neue Erwartung des Ministerium thematisiert hatte.

Ergänzung H. Becker-Heinrich, dass sie an alle GU und Herrn Kohl auf die Broschüre zum Schutzkonzept von Zartbitter verwiesen, die Checkliste KWG übermittelt hat und dass Frau Gurske angedeutet hat, dass das Thema in das Integrationskonzept aufgenommen wird.

4. Migrationssensibler Kinderschutz

Frühe Hilfen im migrationssensiblen Kinderschutz, Input von Diana Zabel. Die schriftlichen Anregungen werden dem Protokoll angefügt.

Ergänzungen:

Im Einzelfall konnten bereits Angebote der Frühen Hilfen von den GU genutzt werden. Verschieden Partner aus dem Bereich der Frühen Hilfen und der Familienförderung sind aufsuchend in den GU unterwegs. Angebote von individueller Betreuung bis zu Gruppenangeboten sind erfolgt. Wegen begrenzter Mittel, sind auch den Akteuren der Frühen Hilfen Grenzen gesetzt.

Mit den dortigen Sozialarbeitern gibt es unterschiedliche Erfahrungen, insbesondere bei Verdacht auf KWG. Hier wünschen sich die Akteure der Frühen Hilfe mehr Anerkennung ihrer fachlichen Kompetenz.

Das Netzwerk Gesunde Kinder plant in Jüterbog ein Familienangebot in Zusammenarbeit mit einer GU

Die problematische Situation der Erstausrüstung der Schwangeren betrifft auch die Frauen in den GU. Fehlende Mobilität und Sicherheit durch fehlende Kinderwagen, Tragetücher, etc. sind benannt, wie auch das Problem der Gutscheinnutzung bei geringer Werthöhe. Da dies ein langjähriges Problem allgemein im Sozialhilfereich ist, verabredete die Steuerungsgruppe, eine Empfehlung an die Landrätin zur Änderung der Empfehlung zu verfassen. (Siehe TOP 5 Sonstiges, Festlegung)

Frau Siems teilte mit, dass in Rangsdorf meist die Ehrenamtlichen sich sehr für die jungen Familien z.B. bei Besorgung von Kinderwagen einsetzt.

Frau Zabel plant für 2017 zwei Veranstaltungen, die für Interessierte des Netzwerkes Kinderschutz über die Frühen Hilfen hinaus offen sind:

- „Nestmaterialien“ – Vorstellung von der Brandenburger Koordinierungsstelle Frühe Hilfen
- „Warum kommen sie nicht zu den Angeboten?“ Es gibt im Landkreis bereits vielfältige Angebote für Eltern, doch diese werden nicht immer (ausreichend) genutzt. Was ist zu tun, um höhere Annahme zu erreichen?

Kurzvorstellung des Ordners „Miteinander – Effekte“ als ein Instrument der Präventionskette an der Schnittstelle KiTa – Schule. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat Interesse an der Vorstellung im Landkreis. Da das Angebot bereits vor wenigen Jahren vorgestellt wurde, wird Frau Zabel den Bedarf und das Interesse zur Vorstellung bei den Trägern erfragen. Da dieses Material angepasst an die Grenzsteine der Entwicklung ist, sieht sie keinen Mehraufwand für die tägliche Arbeit in der Kita.

Diskussion migrationssensibler KS

Ist bereits in TOP 2 eingemündet, kann mangels Zeit nicht weiter vertieft werden.

5. Sonstiges

Geplante Termine des Netzwerkes Kinderschutz 2017

Steuerungsgruppe Kinderschutz 2017, freitags von 9:00-11:00 Uhr an folgenden Tagen:
10. März; 16. Juni; 8. September und 8. Dezember 2017

Regionalkonferenzen Kinderschutz

R I: jeweils von 14:00-16:00 Uhr im Rathaus Ludwigsfelde – 1. März und 6. September 2017

R II: In der Gemeindeverwaltung Am Mellensee am 6. März von 9:00-11:00 Uhr und 13. September von 14:00-16:00 Uhr

R III: in der Kreisverwaltung TF, jeweils von 9:00-11:00 Uhr am 15. März und 20. September 2017

R IV: in der Kastanienschule Jüterbog, jeweils von 9:00-11:00 Uhr am 22. März und 27. September 2017

7. Fachtag Kinderschutz in der Kreisverwaltung am 24.11.2017 zum Thema „Häusliche Gewalt - miterlebende Kinder“

AK ieFk

Geplant sind die Treffen jeweils von 14:00-16:00 Uhr in der Kreisverwaltung am 27. Februar, 29. Mai und 4. Dezember 2017. Ergänzt werden soll die Qualifizierung durch einen Fortbildungstag mit externer Dozentin in 2017.

Aus dem Bereich der Frühen Hilfen in Zuständigkeit von Diana Zabel

Arbeitskreis Frühe Hilfen (AK FH): jeweils 13:30-15:30 (ggf. 16:30 Uhr) am 8. Februar, 10. Mai und 11. Oktober 2017 an wechselnden Orten, Einladung erfolgt von Frau Diana Zabel)

Unterarbeitsgruppe Interdisziplinäre Frühförderung (UAGIFF): Termine werden montags sein, Festlegung folgt noch.

AG Mehrgenerationenhäuser, Familienzentren und CO: Termine werden dienstags sein, Festlegung folgt noch.

Fortbildungen

Themenwünsche werden noch in den Regionalkonferenzen Kinderschutz gesammelt. Berücksichtigung sollen auch die noch offenen Themen aus 2016 finden. Die konkretere Planung wird zum Jahresende 2016 erfolgen.

Wünsche aus der SG KS sind bis Ende November an Frau Becker-Heinrich zu richten.

Infos

R I- Wahl des Sprechers der Region:

Am 21.9.2016 wurde für weitere zwei Jahre Herr Frank Matzke zum Sprecher gewählt. Damit bleibt er weiterhin auch Mitglied der Steuerungsgruppe Kinderschutz.

R III – Aufbau Eltern-Kind-Gruppe

Frau Krautz gab vorab die Info, dass die Stadt Luckenwalde den Aufbau einer Eltern-Kind-Gruppe plant. Aktuell werden Räume gesucht. Das Angebot soll für alle Interessierten offen sein, unabhängig des persönlichen Status.

Ordnungsamt:

Aktuell gibt es keine Problemmeldungen zum Thema Geburtenregister – Geburtsurkunde. Abstimmung und gute Zusammenarbeit zum Thema gibt es mit dem Jugendamt, Sachgebiet Unterhalt.

Jugendamt – Sachgebiet Unterhalt

Frau Burkert hatte Fr. Becker-Heinrich mitgeteilt, dass bisher wenige Vaterschaftsanerkennungen von Geflüchteten beim Jugendamt eingegangen sind.

Die Personalsituation bei den Vormündern liegt mit drei Stellen unter dem Soll – die Nachbesetzung gestaltet sich mangels Fachkräfte schwierig.

Sie macht auf das Problem „ungeklärter Beziehungen“ aufmerksam, bei von deutschem Rechtssystem nicht anerkannten Eheschließungen.

Unterhaltsreform und Erhöhung des Kindergeldes stehen ab 1.1.2017 an

„Mütterbriefe“ nach § 52a SGB VIII werden seit 28.9 übergangsweise vom Jugendamt verschickt, das das Gesundheitsamt die gemeinsamen Schreiben seit ca. März nicht herausgeschickt hat, das Sachgebiet, davon aber nicht unterrichtet war.

Ausschreibung Verbundwohnungen:

Ist notwendig, da die befristete Vergabe ausläuft und neu ausgeschrieben werden muss.

Absprachen

Das Thema migrationssensibler Kinderschutz wird im Dezember fortgesetzt, dazu soll Herr Kohl vom Sozialamt als Verantwortlicher für die GU eingeladen werden.

Das Schulamt wird als wichtiges Mitglied in der SG KS gesehen und die Teilnahme an den Treffen dringend erbeten. Frau Becker-Heinrich wird das Staatliche Schulamt Brandenburg diesbezüglich nochmals ansprechen.

Festlegungen

Empfehlungsantrag der Steuerungsgruppe Kinderschutz an die Landrätin:

Die Landrätin wird gebeten, die Empfehlungen zum Schwangerenmehrbedarf für Frauen im Sozialleistungsbezug und im Asylleistungsbezug die Auszahlung der Leistungen bis vier Wochen vor dem errechneten Entbindungstermin sicherstellen.

Begründung:

Insbesondere Kinderwagen / Tragetuch / Babyschale sind notwendige Gegenstände, um das Kind nach der Geburt sicher transportieren zu können, wie auch im Bedarfsfall bei Erkrankung der Kinder. Aus diesem Grund sehen wir es als unabdingbar an, dass diese Gegenstände bereits vor der Geburt angeschafft sind.